

# Amtspersonen in Todesangst

Anzeigen wegen verbaler und tätlicher Attacken gegen Behördenmitglieder nehmen massiv zu

VON CATHERINE BOSS FOTO: MARCO ZANONI

**ZÜRICH** Bevor Stephan Rawyler in den letzten Jahren jeweils seine Wohnung verliess, löschte er das Licht und kontrollierte durch das Fenster die Strasse vor dem Haus. Er wollte sicher sein, dass da keiner auf ihn wartete. «Ich hatte Angst», sagt der Gemeindepräsident von Neuhausen im Kanton Schaffhausen.

Er ist nicht der Einzige. Die Anzeigen wegen verbaler und handgreiflicher Attacken gegen Behördenmitglieder, Angestellte der Verwaltung oder Polizisten haben in den letzten Jahren stetig zugenommen, 2004 sprunghaft. In der Stadt St Gallen beispielsweise betrug die Zunahme letztes Jahr 66 Prozent, im Kanton Bern 60, im Kanton Luzern 36 und im Kanton Zürich 34 Prozent. Immer öfter gehören Morddrohungen dazu: Der Neuhauser Gemeindepräsident Rawyler und seine Gemeinderatskollegen werden seit Jahren mit dem Tod bedroht. Es werde sich ein Massaker wie in Zug zutragen, wo Friedrich Leibacher 14 Menschen niederstreckte, liess der ehemalige Gemeindearbeiter X. den Politikern schon 2002 ausrichten. Es geht um einen jahrelangen Besuchsrechtsstreit. Nachts schlich X. um die Häuser der Neuhauser Lokalpolitiker. Die Polizei zog bei ihm das Sturmgewehr ein. Erst ein Richter konnte ihn vor vier Wochen nach zähen Verhandlungen dazu überreden, einen «Waffenstillstand» zu unterzeichnen.

Angst verbreitete ein Mann im Kanton Zürich, der im November 2004 zweimal ins Büro seiner Amtsvormundin stürmte und von ihr ultimativ Bargeld verlangte. Als sie dies verweigerte, reagierte er so, wie er dies in der Vergangenheit verschiedentlich getan hatte: Er drohte mit massiver Gewalt. Er werde mit dem Flammenwerfer und einer «Knarre» zurückkehren. Er werde sie umbringen und ihre Kinder vergiften. Der Zürcher Staatsanwalt Jürg Boll liess den Mann in Haft setzen: «Ich wollte das Risiko nicht eingehen, dass er die wiederholten Morddrohungen in die Tat umsetzt.»

Im Kanton Luzern kontaktierte ein Sozialhilfeempfänger letztes Jahr eine Journalistin und informierte sie, dass er am nächsten Tag beim örtlichen Sozialamt mit einem Revolver erscheinen und sämtliche Personen erschossen werde. Mit aufgeregter Stimme verlangte er, dass das bevorstehende Massaker gefilmt werde. Die herbeigerufene Polizei verhaftete den Mann rechtzeitig. Angst gehört heute zum Job viele Sozialarbeiter und -arbeiterinnen. «Es löst grosse Ängste aus, wenn ein aggressiver Klient uns sagt, dass er genau wisse, wo unsere Kinder zur Schule gehen und wo wir wohnen», sagt Annemarie Lanker, Leiterin des Sozialdienstes der Stadt Bern.

Für Lanker ist es logisch, dass die Attacken zunehmen. «Wir betreuen heute doppelt so viele Klienten wie noch vor zehn Jahren. Unsere Kundschaft ist heute wirtschaftlich und persönlich viel stärker unter Druck», sagt sie. Das erhöhe das Aggressionspotenzial.

Verändert habe sich auch das Selbstbewusstsein der Angestellten der Sozialdienste. «Wir greifen heute viel schneller ein und zeigen, dass wir uns Drohungen und aggressives Verhalten nicht bieten lassen», sagt Lanker. Sie macht schneller Anzeigen, spricht Hausverbote aus und ruft die Polizei viel öfters als in der Vergangenheit in ihr Amt. «Bei heiklen Beratungsgesprächen sind heute Polizisten dabei»

**Was am Anfang wie eine Bagatelle aussteht, kann schnell eskalieren**

Diese neue Doktrin gilt auch bei der Polizei. «Wir müssen im Konfliktfall sehr schnell eingreifen, denn die Aggression dreht sich wie eine Spirale», sagt Jean Scheiben, Chef des Psychologischen Dienstes der Kantonspolizei Bern. Was am Anfang wie eine Bagatelle aussehe, könne schnell eskalieren. Das haben die Spezialisten aus vergangenen Tragödien wie Zug gelernt. «Wir müssen diese Menschen mit ihrem gewalttätigen Verhalten konfrontieren. Es braucht harte Gespräche», sagt der Polizeipsychologe. Noch hapert es bei der Kommunikation zwischen den Ämtern. Amokläufer haben laut Scheiben fast immer eine Vorgeschichte von Drohungen und aggressiven Ausbrüchen. «Diese Informationen müssen zwischen den Instanzen besser ausgetauscht werden», sagt der Psychologe der Kantonspolizei Bern. Scheiben will eine «Warnkartei», in der notorische Querulanten erfasst werden, ins Gespräch bringen, «doch das muss datenschutzrechtlich zuerst sauber abgeklärt werden».